

Rundbrief Oktober -I- 2025

DPG-Vizepräsidentin Ivesa Lübben bewertet und kommentiert Trumps Gaza-Plan:

Die Ankündigung von US-Präsident Trump, dass Hamas und Israel ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet hätten, hat erst einmal für Aufatmen gesorgt. Seit dem 10. Oktober schweigen die Waffen. Tausende von Menschen kehren aus den provisorischen Zeltstädten im Süden Gazas in die Trümmer ihrer Häuser im Norden Gazas zurück. Langsam laufen die Hilfslieferungen für die völlig ausgehungerte Bevölkerung wieder an. Als Gegenleistung für die Freilassung der Geiseln durch die Hamas hat Israel zugesagt, über 1.000 palästinensische Gefangene – darunter 250 politische Langzeitgefangene – freizulassen.

So bitter es sein mag: Niemand außer Trump ist zurzeit in der Lage, Netanjahu zu einem Ende des Genozids in Gaza zu zwingen – weder die Vereinten Nationen noch die Europäer noch die arabischen Nachbarstaaten. Geht es nach Trump, so ist das Waffenstillstandsabkommen der erste Schritt zur Umsetzung des 20-Punkte-Friedensplans, den Trump auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Israels Premierminister Benjamin Netanjahu am 29. September im Weißen Haus vorstellte – ein Plan, der laut Trump mit Staats- und Regierungschefs zentraler arabischer und islamischer Länder abgestimmt worden sei, darunter Ägypten, Saudi-Arabien, die Türkei, Pakistan und Katar. Dies sei die letzte Chance für die Hamas, drohte Trump: Entweder die Hamas stimme ihm zu oder Netanjahu hätte die freie Wahl, seine Anti-Terrormission – sprich die ethnische Säuberung und Zerstörung Gazas – fortzusetzen.

Trotz der Aussicht auf einen Waffenstillstand und ein Ende des Leids der Menschen in Gaza sind die 20 Punkte kaum eine solide Grundlage für eine langfristige Lösung, geschweige denn für einen Friedensprozess, der diesen Namen verdient, sondern laufen auf die Fortsetzung der Kolonisierung Palästinas hinaus. Nach Vorstellungen Trumps soll Gaza von einem Komitee von palästinensischen Technokraten ohne Beziehungen zu den palästinensischen Fraktionen und ohne irgendwelche politischen Kompetenzen verwaltet werden. Diesem Komitee steht ein sogenanntes “Board of Peace“ unter der gemeinsamen Führung von Trump und dem ehemaligen britischen Premier Tony Blair vor. Die Personalie Tony Blairs, dessen Institut einen detaillierten Übergangsplan für die Verwaltung Gazas vorgelegt hat, lässt aufhorchen. Erinnern wir uns: War es doch Tony Blairs Regierung, die gefakte Beweise über angebliche irakische Atomprogramme und Beziehungen von

Saddam Hussein zu Usama bin Laden vorgelegt hatte, mit denen die USA und Großbritannien den Irak-Krieg rechtfertigten. Und als Sondergesandter des Nahostquartetts war Tony Blair nach dem Wahlsieg der Hamas für die Isolierung Gazas und damit indirekt für die Schaffung von Bedingungen verantwortlich, die in die tragischen Ereignisse des 7. Oktobers mündeten.

Unter Führung der USA soll eine Internationale Stabilisierungsgruppe (ISF) gemeinsam mit neuen palästinensischen Polizeikräften und in enger Abstimmung mit Ägypten, Jordanien und Israel für Sicherheit sorgen. Nach dem Vorbild der „neuen Wunderstädte“ des Nahen Ostens soll Gaza unter direkter Leitung von Trump wieder aufgebaut werden. Das lässt an ein Wiederaufleben von Trumps Vision einer Riviera am Mittelmeer vom Frühling dieses Jahres erinnern: ein neokoloniales Projekt unter Führung der USA, bei dem die Palästinenser völlig ausgeschlossen bleiben. Die Perspektive eines palästinensischen Staates, wie er von den UN und zuletzt vom Internationalen Gerichtshof (IGH) gefordert wird, wird nur am Rande erwähnt und auf die ferne Zukunft verschoben. Damit wird das Muster des Oslo-Prozesses reproduziert, in dem die Gründung eines palästinensischen Staates so weit in die Zukunft verschoben wurde, dass Israel immer mehr vollendete Tatsachen schuf, die genau dieses Ziel ad absurdum führten. Der Trump-Plan fällt auch hinter der französisch-saudischen Initiative einer Zwei-Staaten-Lösung zurück, die erst einige Tage vor der Ankündigung des Trump-Planes von der UN-Generalversammlung gegen die Stimmen der USA und Israels angenommen wurde.

Und auch wenn die Hamas der Freilassung der Geiseln und der Übergabe der Macht in Gaza an ein Komitee aus Technokraten zugestimmt hat, bleiben Fragen offen. Viele der Trumpschen Vorschläge betreffen die Zukunft des ganzen palästinensischen Volkes und nicht allein die der Hamas. Genauso bleiben berechtigte Zweifel, ob Netanjahu tatsächlich seine Truppen aus Gaza zurückziehen wird. Aussagen des israelischen Kriegsministers Israel Katz, dass die israelische Armee nach Befreiung der Geiseln mit der Zerstörung der Tunnel beginnen wird, lassen aufhorchen. Die Frage, ob die IDF das nur in Gebieten in Angriff nehmen wird, die sie weiterhin besetzt hält, oder die Operation auf den ganzen Gazastreifen ausdehnen wird, ließ er unbeantwortet.

Mehrere arabische bzw. islamische Länder, die an den Beratungen mit Trump beteiligt waren, kritisierten, dass das, was Trump ihnen unterbreitet habe, sich sehr von dem Plan unterschiede, den er gemeinsam mit Netanjahu präsentiert habe. Augenscheinlich wurde hier an vielen Stellen auf Betreiben Netanjahus „nachgebessert“. Völkerrechtler wie der Briten Ralph Wilde haben darauf hingewiesen, dass die Trump-Pläne im eklatanten Widerspruch zum Völkerrecht stünden. Die Etablierung einer Treuhandgesellschaft zur Verwaltung des Gazastreifens, deren Hauptfunktion die Garantie israelischer Sicherheitsinteressen sei, würden das rassistische Prinzip der „Mandatsgebiete“ des Völkerbunds wiederbeleben, nach dem angeblich „zivilisierte“ Nationen „unzivilisierte“ Völker für die Nationale Selbstverwaltung vorbereiten. Dieses Kolonialprojekt wurde mit der Gründung der Vereinten Nationen aus dem Völkerrecht verbannt. Und wie der Internationale Gerichtshof im Juli 2024 betonte: Die Palästinenser haben ein unabdingbares Recht auf Selbstbestimmung und die Gründung eines eigenen Staates, das weder abhängig ist von israelischen Sicherheitsinteressen noch von der Zustimmung eines Donald Trump.

Im November werden wir in einer Ausgabe von „Zur Sache“ die Pläne Trumps, die von Frankreich und Saudi-Arabien initiierte New Yorker Erklärung sowie palästinensische Alternativprojekte ausführlich dokumentieren und einer kritischen Analyse unterziehen.

Immerhin stellt der Plan ein Ende der Kampfhandlungen, die Befreiung der Geiseln, im Gegenzug die Freilassung von fast 2000 palästinensischen Gefangenen – darunter 250 politische Langzeitgefangene –, die ungehinderte Zulassung internationaler Hilfe und ihre Verteilung durch UN-Organisationen in Aussicht. Die IDF soll sich schrittweise aus Gaza zurückziehen. Hamas-Kadern, die freiwillig ihre Waffen niederlegen, wird eine Amnestie zugesichert. Trump wies darauf hin, dass der Plan zuvor mit Staats- bzw. Regierungschefs mehrerer arabischer bzw. islamischer Staaten abgestimmt worden sei.

Die Berichterstattung über den Gaza-Krieg wird von allen Seiten als einseitig kritisiert. Mirko Lange schreibt hierzu einen gelungenen Kommentar:

Der Krieg in Gaza scheint vorbei und mit ihm unerträgliche Zeit. Es gab und gibt andere Kriege und Massaker. Aber dieser war näher, vertrauter, schmerzhafter. Zuviel verbindet uns mit Israel; historisch, moralisch, emotional. Aber (zumindest bei mir) bleibt neben der Erleichterung ein bitteres, fast unerträgliches Störgefühl.

#Doppelstandards

Während die Freilassung von 20 israelischen Geiseln als triumphaler Moment gefeiert wird, werden auf der anderen Seite 2.000 palästinensische Gefangene aus israelischer Haft entlassen. 1.700 davon Zivilisten, gezeichnet von Misshandlungen, gebrochen, stumm. Kein Jubel, keine Kameras, keine politischen Statements. Israel hat verboten, zu feiern. Und in Deutschland? Schweigen. Kein einziger offizieller Satz über diese Menschen.

#Vertrauen

Die Erkenntnis: Gerechtigkeit gilt nicht für alle. Menschenwürde ist ein selektives Privileg. Wir werden belogen, nicht durch Fakten, sondern durch Gewichtung. Jubel hier, Drohung dort. Empathie im Singular. Empörung im Doppelmaß. So zerstört man Vertrauen; nicht nur in Politik, sondern in Moral selbst.

#Verantwortung

Die deutsche Regierung, die alte wie die neue, hat in diesem Krieg versagt. Sie hat laviert, gezögert, sich hinter Floskeln versteckt. Sie hat weder Haltung noch Rückgrat gezeigt. Sie hat die Idee von Gerechtigkeit verraten, die sie sonst so laut verteidigt. Wer Menschenrechte und Völkerrecht selektiv anwendet, sie sogar delegitimiert, macht sie bedeutungslos.

#Realität

Die Bilder aus Gaza sprechen eine klare Sprache: Ganze Stadtviertel ausgelöscht, Familien ausradiert, Kinder traumatisiert, und ein Wiederaufbau, der sich nicht in Beton, sondern in Vertrauen messen lassen wird. Doch Vertrauen wächst nicht aus Schweigen. Es wächst aus dem Eingeständnis von Schuld, Verantwortung und der Bereitschaft, universelles Leid auch universell anzuerkennen.

#Moralische Integrität

Wir erleben eine gefährliche Entkopplung zwischen Werten und Wirklichkeit. Wer Israel moralische Immunität gewährt, entzieht sich dem Anspruch, aus der Geschichte gelernt zu haben. „Nie wieder“ darf kein politischer Freibrief für Unrecht sein, von niemandem. Wer das Prinzip der Gleichwertigkeit der Menschenrechte aufgibt, verliert den moralischen Kompass, der Demokratien zusammenhält.

#Gerechtigkeit

Wenn der Krieg vorbei ist, darf das nicht das Ende sein. Was geschehen ist, auf beiden Seiten, schreit nach Wahrheit, nicht nach PR. Netanjahu, Gallant, Smotrich, Ben-Gvir: sie gehören vor Gericht. Nicht, weil Israel Feind wäre, sondern weil Gerechtigkeit universell sein muss, oder sie ist gar nichts. Die Schuld, die Israel auf sich geladen hat, wird das Land nur überleben, wenn es sie anerkennt.

#Hoffnung

Vielleicht ist das die wahre Prüfung nach dem Krieg: ob wir es schaffen, Mitgefühl wieder symmetrisch zu denken. Ob wir Gerechtigkeit wieder ernst meinen, auch dann, wenn sie unbequem ist. Die andere Seite des Jubels ist kein Ort der Bitterkeit. Sie ist der Ort, an dem Moral beginnt.

Petition Dr. Hussam Abu Safiya:

Dr. Abu Safiya wurde im Dezember 2024 vom israelischen Militär in Gaza mitgenommen und ist seitdem inhaftiert. Der Arzt und Leiter des zerstörten Kamal Adwan-Krankenhauses in Gaza wurde im Rahmen des Gefangenenaustausches im Rahmen des Friedensplans nicht freigelassen. Seine Inhaftierung wurde am 16.10.2025 um weitere 6 Monate verlängert. Es befinden sich weiterhin 17 Ärzte und Dutzende medizinische Fachkräfte in israelischer Haft. Verschiedene NGOs, hierunter die "Physicians for Human Rights Israel", beklagen die Haftbedingungen, berichten von Folter und der Unterlassung medizinischer Hilfe. Die DPG fordert die sofortige Freilassung aller unrechtmäßig inhaftierter MedizinerInnen und medizinischer Fachkräfte. Mehr dazu unter: <https://action.amnesty.at/petition/iopt-hussam-abu-safiya>

Freilassung palästinensischer Journalisten: Die NGO "Reporter ohne Grenzen" schreibt dazu:

Im Zuge des Waffenstillstands in Gaza haben die israelischen Behörden am 13. Oktober auch die palästinensischen Journalisten Alaa al-Sarradsch, Emad Zakaria Badr al-Ifrandschi und Schadi Abu Sedo freigelassen. Sie waren im Verlauf des Krieges willkürlich inhaftiert worden. 21 palästinensische Medienschaffende sind weiterhin in Haft, darunter 16, die seit dem 7. Oktober 2023 in Gaza und im Westjordanland festgenommen wurden. „Reporter ohne Grenzen“ fordert ihre sofortige und bedingungslose Freilassung.

Mehr Informationen: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/pressemitteilungen/meldung/nur-drei-palaestinensische-journalisten-sind-frei>

FC Palästina Münster:



Bild: Ursula Mindermann

In Münster hat sich eine Fußballgruppe aus PalästinenserInnen und solidarischem Umfeld gegründet. Die Fußballshirts sind mit Dörfern aus Palästina und Gaza bedruckt.

Regelmäßig finden Training und Spiele statt, im Januar 2026 findet sogar ein Turnier statt. Es werden bei den Spielen Spenden für Gaza gesammelt, was dazu führt, dass Münsteraner Vereine dem FC Palästina Münster keine Trainingsmöglichkeiten bieten wollen.

Ausstellungen:

DPG-Vizepräsidentin Ursula Mindermann kuratiert die Bilderausstellung "Gaza - before and after". Es werden Bilder von Fotografen aus Gaza vor und nach dem 7. Oktober



Bild: Ursula Mindermann

2023 in 24 großformatigen Bildern (80*60 cm) präsentiert. Diese Ausstellung wird ab Januar 2026 um weitere 12 Bilder aus Gaza, wie es 2 Jahre nach dem Vernichtungskrieg aussieht, ergänzt. Die Ausstellung wird ab dem 29.10. um 11.00 Uhr im "Zwischenraum" in Aurich und ab Mitte Januar im Bürgerhaus in Bremen-Hemelingen präsentiert. Die Ausstellung kann ausgeliehen werden. Anfragen bitte an Ursula Mindermann (mindermann@dpg-netz.de).

Kalender:

Auch dieses Jahr wird es wieder einen Fotokalender für 2026 geben. Er wird wieder



Bild: Ursula Mindermann

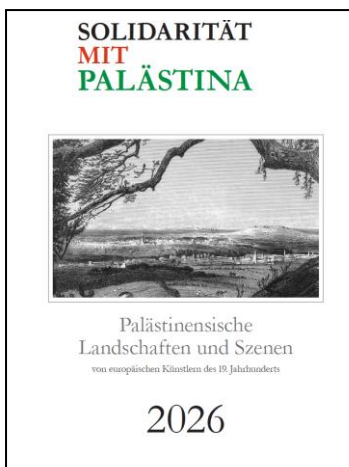
zum Aufstellen in DIN quer mit hochwertigen Bildern aus Gaza und der Westbank ausgestattet sein. DPG-Vizepräsidentin Ursula Mindermann erstellt in Kooperation mit dem schottischen "Network of Photographers for Palestine" wieder den Kalender, der ab Mitte November über die DPG erhältlich sein wird. Die Erlöse werden wieder nach Gaza gespendet. Letztes Jahr konnten so 800 Euro für Regenplanen in Gaza generiert werden. Wir freuen uns, wenn auch dieses Jahr dieses Projekt wieder

so zahlreich unterstützt wird. Es ist auch ein besonderes Geschenk zu Weihnachten. Nähere Infos über Bestell- und Zahlungsmöglichkeiten folgen in einem der nächsten Rundbriefe.

Vorträge von DPG- Mitgliedern:

Oft bekommen wir Anfragen bzgl. Vorträgen über und zu Palästina. Innerhalb der DPG haben wir viele kompetente ReferentInnen, die wirklich gute Vorträge bieten. Um besser auf Anfragen reagieren zu können und auch, um unseren Mitgliedern und Regionalgruppen einen Überblick über Vorträge für Veranstaltungen bieten zu können, rufen wir noch einmal alle ReferentInnen dazu auf, sich beim Präsidium mit ihren jeweiligen Vortragsangeboten zu melden. So können wir uns gegenseitig unterstützen und mit guten und kompetenten Vorträgen über Palästina eine breitere Öffentlichkeit erzielen. Wir werden eine Datenbank erstellen, die Interessierten einen schnellen und bequemen Überblick bietet. Deshalb: Liebe ReferentInnen, bitte meldet euch: praesidium@dpg-netz.de.

Kalender: Solidarität mit Palästina:



Der Arbeitskreis NAHOST im Eine Welt Forum Aachen hat für 2026 einen Kalender mit Grafiken aus Palästina von europäischen Künstlern des 19. Jahrhunderts neu aufgelegt, der 1983 von Gruppen der Palästina-Solidarität in Deutschland herausgegeben wurde. Im Anhang ein paar Seiten daraus, um einen Eindruck zu gewinnen. Der Kalender im Format DIN A4 hat Spiralbindung mit Kalenderaufhängung. Er kostet 10 Euro (ermäßigt 8 Euro), bei Versand zzgl. Portokosten (bei 1 Kalender 1,80 Euro). Der Reinerlös des Kalenderverkaufs wird zu 100% der humanitären Hilfe für die große Not leidende palästinensische Zivilbevölkerung gespendet.

Unser Partner ist hier **medico international Deutschland:**

<https://www.medico.de/kampagnen/nothilfe-gaza>

Wir möchten vielen Menschen Freude machen, gleichzeitig auch helfen und freuen uns auf Ihre/Eure Bestellungen! **Bestellungen** mit Namen, Adresse und gewünschter Anzahl Kalender bitte an: bestellung-ak-nahost@lwf.de

Unser Einsatz für die hungernden Kinder geht weiter. Ihre Spenden leiten wir direkt an die für Gaza tätigen Hilfsorganisationen.

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

Kontoverbindung:

IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10

BIC: GENODE33SPK

Spende Zweck: Humanitäre und medizinische Hilfe in Gaza – Palästina

Facebook und Instagram

